

Datenschutzinformationen zur Tätigkeit der Zentralen Hinweisstelle (Hinweisgebersystem)

Allgemeines

Geltungsbereich

Diese Datenschutzinformationen beziehen sich auf Tätigkeit der Zentralen Hinweisstelle (Hinweisgebersystem).

Verantwortlicher

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten und die diesem Schutz dienenden gesetzlichen Verpflichtungen sehr ernst. Die gesetzlichen Vorgaben verlangen umfassende Transparenz über die Verarbeitung personenbezogener Daten. Nur wenn Sie ausreichend über Zweck, Art und Umfang der Verarbeitung informiert sind, ist die Verarbeitung für Sie als betroffene Person nachvollziehbar.

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist:

HEUKING • VON COELLN Rechtsanwälte PartG mbB,
vertreten durch ihre Partner, Rechtsanwälte Christian Heuking und Dr. Sibylle von Coelln
Prinz-Georg-Str. 104
40479 Düsseldorf
Telefon: +49 211 44 03 57 70
E-Mail: mail@hvc-strafrecht.de

Im Folgenden "**Verantwortlicher**" oder „**wir**“ genannt.

Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung

Wir verarbeiten uns übermittelte personenbezogene Daten nur, soweit dies gesetzlich zulässig ist und im Rahmen unserer Funktion als Zentrale Hinweisstelle geschieht. Eine Offenlegung personenbezogener Daten findet ausschließlich in den unten beschriebenen Fällen statt. Die personenbezogenen Daten werden durch angemessene technische und organisatorische Maßnahmen geschützt.

Sie haben die Möglichkeit, Hinweise über Verstößen gegen die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Verbandsführung, gegen Satzungen sowie gegen bußgeld- oder strafbewehrte Tatbestände an die Zentrale Hinweisstelle zu richten. Zur Prüfung und Aufklärung des Hinweises wird dieser, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, an den Good Governance-Beauftragten¹ bzw. die Ethik-Kommission des betroffenen Verbandes weitergeleitet.

Die Vertraulichkeit der Identität der Hinweisgeber, der Person, die Gegenstand der Meldung ist sowie der sonstigen, in der Meldung benannten Personen wird von der Zentralen Hinweisstelle im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gewahrt.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir im Folgenden das generische Maskulinum, von dem selbstverständlich Personen jeglichen Geschlechts umfasst sind.

Verarbeitungszwecke

Die Zentrale Hinweisstelle verarbeitet ihr übermittelte personenbezogene Daten für folgende Zwecke:

- Erfassung des Hinweises und Prüfung der Zuständigkeit
- Prüfung eines Hinweises auf Plausibilität
- Begleitung des Hinweisgebers in der laufenden Untersuchung des gemeldeten Sachverhaltes
- Dokumentation der Tätigkeiten (insbesondere Führung einer Fallakte)
- Weitergabe an den Good Governance-Beauftragten bzw. die Ethik-Kommission des betroffenen Verbandes

Datenkategorien

Im Rahmen der Bearbeitung und Aufklärung eines Hinweises können gegebenenfalls die folgenden Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

- Stammdaten (z.B. Namen, Anschrift, Geburtsdatum; Verband/Verein; berufliche Qualifikation)
- Kontaktdaten (z.B. E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Inhaltsdaten (z.B. Inhalte von Dokumenten/Dateien, Fotografien, Videos)
- Nutzungsdaten (z.B. Zugriffszeiten, Nutzung bestimmter Inhalte, Kontakthistorie)
- Verbindungsdaten (z.B. Geräte-Informationen, IP-Adressen, URL-Referrer)
- Standortdaten (z.B. IP-Geolokalisierung, Zugriffspunkte)
- Beschäftigtendaten (z.B. Beschäftigungsverlauf, Arbeitszeiten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, Beurteilungen, Aus- und Fortbildungen, Sozialdaten, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer, Krankenversicherung/ Krankenversicherungsnummer, Gehaltsvorstellungen und Gehaltsdaten sowie die Steueridentifikationsnummer, Nachweise und Unterlagen, Arbeitszeiten, ausgeübte öffentliche Ämter, Sozialversicherungsdaten, Daten zum beruflichen Eingliederungsmanagement)
- Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten unter den Bedingungen des Art. 10 DSGVO
- Besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO (wie etwa Gesundheitsdaten, Daten über eine mögliche Gewerkschaftszugehörigkeit, biometrische Daten oder Daten über politische oder religiöse Einstellungen)

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten

Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a DSGVO (Einwilligung), Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c DSGVO (Erfüllung rechtlicher Pflichten) und Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO (berechtigtes Interesse).

Offenlegung von Daten

- (1) Ihre personenbezogenen Daten werden dem von dem Sachverhalt betroffenen Verband nur in dem Umfang weitergeleitet, in dem Sie sich zuvor damit einverstanden erklärt haben.

- (2) Im Übrigen erfolgt eine Weitergabe Ihrer Daten nur, soweit dies für die ordnungsgemäße Bearbeitung des Hinweises erforderlich ist bzw. hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht. Letzteres betrifft insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an Gerichte, Strafverfolgungsbehörden und/oder andere öffentliche Stellen im Zusammenhang mit dem zu untersuchenden Sachverhalt.
- (3) Diejenigen Mitarbeiter unserer Kanzlei, die mit Ihren Daten in Kontakt gelangen, unterliegen wie wir selbst einer strengen Verschwiegenheitspflicht, deren Einhaltung wir überwachen.
- (4) Auch sonstige Personen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in Kontakt mit Ihren Daten gelangen oder gelangen könnten (z.B. vereidigte Übersetzer), wurden oder werden von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich – worauf sie ebenfalls ausdrücklich hingewiesen wurden oder werden – im Fall eines Verstoßes selbst strafbar.
- (5) Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den hier aufgeführten Zwecken erfolgt nur auf Grundlage einer gesondert zu treffenden Vereinbarung mit Ihnen.
- (6) Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht bleibt unberührt.

Zudem erhalten von der Zentralen Hinweisstelle auftrags- und weisungsgebunden eingesetzte Dienstleister (Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO) personenbezogene Daten, insbesondere IT-Dienstleister.

Datenübermittlung in ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Datenübermittlungen an Drittländer außerhalb von Europäischer Union (EU) und Europäischem Wirtschaftsraum (EWR) ist nur in Zusammenhang mit der optionalen Nutzung der Applikation „Zoom“ beabsichtigt (siehe Informationen unter „Eingesetzte Applikationen“).

Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, die sich für Rechtsanwälte aus § 50 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ergibt (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das die Bearbeitung des Hinweises beendet wurde), gelöscht bzw. datenschutzkonform vernichtet, so dass sie von Dritten nicht wiederhergestellt werden können.

Etwas anderes gilt nur, sofern wir aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen (z.B. der Abgabenordnung, des Geldwäschegesetzes etc.) zu einer längeren Speicherung/Aufbewahrung verpflichtet sind (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) und/oder Sie in eine längerfristige Speicherung/Aufbewahrung Ihrer Daten eingewilligt bzw. uns zu einer solchen aufgefordert haben (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling erfolgen nicht.

Rechte betroffener Personen

Sie haben als betroffene Person das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO. Darüber hinaus haben Sie das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren (Art. 77 DSGVO).

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/38 42 4-0
Fax: 0211/38 42 4-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Ihnen steht es frei, sich bei einer anderen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren.

Mitteilungspflichten des Verantwortlichen

Wir teilen allen Empfängern, denen wir Ihre personenbezogenen Daten offengelegt haben, jede Berichtigung oder Löschung Ihrer personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 16, Art. 17 Abs. 1 und Art. 18 DSGVO mit, es sei denn, die Mitteilung ist unmöglich oder mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Wir unterrichten Sie über die Empfänger, wenn Sie dies verlangen.

Keine Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Soweit bei den Angaben zu den Rechtsgrundlagen nichts anderes erläutert wird, sind Sie zur Bereitstellung personenbezogener Daten nicht verpflichtet. Hinweise können auch anonym erfolgen. Bitte beachten Sie, dass für eine umfassende Prüfung Ihres Hinweises in der Regel die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist. Das Fehlen dieser Angaben kann die Ermittlungen zu dem gemeldeten Sachverhalt erschweren oder sogar unmöglich machen.

Befragungen können mit Ihrer Zustimmung auch im Rahmen von Video-Konferenzen erfolgen. In diesem Fall sind Zugriffsrechte auf folgende Schnittstellen, Gerätefunktionen und -daten Ihres Endgeräts erforderlich: Kamera, Mikrofon. Sie sind nicht dazu verpflichtet, diese Berechtigungen einzuräumen. Sollten Sie die Berechtigung nicht einräumen, ist eine Nutzung der Dienste und Funktionen jedoch ggf. nicht bzw. nur eingeschränkt möglich.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DSGVO erfolgt, begründet Widerspruch einzulegen.

Der Widerspruch kann formlos erfolgen und sollte an unsere oben genannten Kontaktdaten gerichtet werden.

Widerruf der Einwilligung

Sie haben gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 1 DSGVO das Recht, Ihre Einwilligung zur Erhebung, Speicherung und Nutzung Ihrer Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird hiervon nicht berührt. Auf Ihren Widerruf werden wir die auf Grundlage der Einwilligung verarbeiteten personenbezogenen Daten löschen, wenn es keine andere Rechtsgrundlage für deren Verarbeitung gibt. Der Widerruf kann formlos erfolgen und sollte gerichtet werden an die oben genannten Kontaktdaten.

Eingesetzte Programme

Zoom

- (1) Zweck der Datenverarbeitung: Registrierung und Durchführung von Online-Besprechungen
- (2) Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO
- (3) Datenkategorien: Stammdaten, Kontaktdaten, Verbindungsdaten
- (3) Datenempfänger: Zoom Video Communications, Inc.; 55 Almaden Boulevard, Suite 400, 500, 600 San Jose, CA 95113, USA
- (3) Beabsichtigte Drittlandübermittlung: USA (auf der Basis von Standarddatenschutzklauseln, Art. 46 Abs. 2 Buchst. c DSGVO)

Hinweisgebersystem Trusty

- (1) Zweck der Datenverarbeitung: Bereitstellung des digitalen Hinweisgebersystems Trusty; Entgegennahme von Informationen über mutmaßliche Verstöße
- (2) Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO
- (3) Datenkategorien: Stammdaten, Kontaktdaten, Inhaltsdaten, Beschäftigtendaten, Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten, Besondere Kategorien personenbezogener Daten (abhängig vom Inhalt der Meldung)
- (4) Datenempfänger: Trusty AG, Riedstr. 7, 6300 Zug, Schweiz
- (5) Beabsichtigte Drittlandübermittlung: Schweiz (im Einzelfall und dann auf der Basis eines Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission, Art. 45 DSGVO)